

**Stellungnahme des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und  
Konsumentenschutz zum Entwurf einer Verordnung der  
Regulierungskommission der E-Control, mit der die Entgelte für die  
Systemnutzung bestimmt werden  
(Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2012, SNE-VO 2012)**

Das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz hat zum vorliegenden Verordnungsentwurf keine Einwände.

Bedauert wird allerdings, dass im Begutachtungsverfahren keine Textgegenüberstellung zur Verfügung gestellt wurde. Weiters wäre auch eine aggregierte Zusammenfassung/Darstellung der Entwicklung der Entgelte gegenüber dem Vorjahr – wie sie zur Gas-Systemnutzungstarife-Verordnung sehr wohl erfolgte – wünschenswert gewesen. Es wird ersucht, dies in künftigen Begutachtungsverfahren zu berücksichtigen.

Die in § 11 des Entwurfs vorgesehene Festsetzung von Entgelten für sonstige Leistungen wird ausdrücklich begrüßt.

Gerade in diesem bisher unregulierten Bereich waren VerbraucherInnen bisher zum Teil mit äußerst hohen Nebenkosten konfrontiert. Die Entgelte variierten darüber hinaus bei den jeweiligen Netzbetreibern stark. Zu bemängeln war auch, dass diese Entgelte den VerbraucherInnen oft nur schwer oder gar nicht zugänglich gemacht wurden (zB oft nicht einmal durch Veröffentlichung auf einer Website).

Diese Problematik wird im Sinne der VerbraucherInnen in § 58 des Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz 2010 und dem hier vorliegenden VO-Entwurf nun gelöst.

Die vorgesehene Höhe der Entgelte erscheint dabei aus unserer Sicht angemessen und – wie im Gesetz festgelegt – sozialverträglich festgesetzt und wird begrüßt.

Dass bei den Mahngebühren eine Differenzierung hinsichtlich der Mahnstufe vorgesehen ist, wird positiv beurteilt: Mehrmalige Mahnungen werden wohl häufiger einen finanziell schlechter gestellten Personenkreis treffen, weshalb hier die in Summe sozialverträgliche Festsetzung der Entgelte bei wiederholter Mahnung wichtig ist. Auch die Kostenlosigkeit der ersten Mahnung ist im Sinn der Kundenorientierung (oft wird die Rechnung schlicht übersehen) und - wie zuvor beschrieben - im Sinn der Sozialverträglichkeit sehr zu begrüßen.